Zeitschrift: Puls : Monatsheft der Gruppen IMPULS + Ce Be eF

Herausgeber: IMPULS und Ce Be eF : Club Behinderter und Ihrer FreundInnen (Schweiz)

Band: 25 (1983)

Heft: 9: Versprechungen zu den Stände- und Nationalratswahlen 1983

Artikel: Versprechungen zu den Stände- und Nationalratswahlen 1983

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-156704

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Versprechungen

zu den stände- und nationalratswahlen 1983

Puls hat für dieses heft die zentralsekretariate von neun parteien aufgefordert, ihre programme und die aktualisierten versionen dieser programme für die kommende legislaturperiode (1983–1987) zu schicken.
Wir drucken hier eine kleine auswahl von sätzen und sprüchen aus diesen aktionsprogrammen ab, die die sozialpolitik betreffen. Beim abdruck folgen wir der alphabetischen reihenfolge der parteinamen.

CVP
PDC

Aus dem schwerpunkteprogramm (1983–1987) der CVP (Christlichdemokratische Volkspartei):

Errungenschaften der sozialen sicherheit

Aufgabe der 80er jahre muss es sein, die errungenschaften der sozialen sicherung zu erhalten. Der schlüssel dafür liegt in der stärkung und erhaltung der wirtschaftlichen leistungsfähigkeit, aber auch im mass, mit dem missbräuche bekämpft und lücken geschlossen werden. Direkte und gezielte fürsorge, betreuung und nachbarschaftshilfe sollen das system der sozialen sicherheit ergänzen. Vor allem aber muss die eigenverantwortung jedes einzelnen wieder stärker betont werden.
Die CVP fordert eine änderung der invalidenversicherung. Nach den bisherigen erfahrungen zeigt sich, dass insbesondere vorschriften über die rentenabstufung und die berufliche eingliederung und das verfahren dringend revidiert werden müssen.

Aus dem grundlagen- und aktionsprogramm 1983–1987 der EVP (Evangelische Volkspartei):

Einsatz für mehr mitmenschlichkeit

Die EVP will sich auch für jene menschen einsetzen, die trotz sozialpartnerschaft und sozialversicherung von der modernen gesellschaft vernachlässigt, gemieden oder überfordert werden:
Behinderte und betagte menschen integrieren.
Behinderte und betagte mitmenschen sind vermehrt in die gesellschaft zu integrieren. Alterswohnungen in wohnquartieren können dazu geeignet sein. Es sind vermehrt kontaktmöglichkeiten zu schaffen, damit sich behinderte und nichtbehinderte, ältere und jüngere besser kennen und verstehen lernen. Individuelle lösungen in zusammenarbeit mit angehörigen, freunden, nachbarn, kirchlichen, sozialen und spitalexternen diensten sind zu fördern, um zu verhindern, dass betroffene mitmenschen vorschnell aus der gesellschaft ausgegliedert und in teuren institutionen untergebracht werden. Auch sollen wohnungen für behinderte und betagte menschen ihren bedürfnissen entsprechend gebaut oder umgebaut und bestehende subventionsvorschriften flexibel gestaltet werden.

Aus 'Dazu stehen wir' – zielsetzungen 83/87 der FDP (Freisinnig-Demokratische Partei):

Die invalidenversicherung ist durch eine feinere rentenabstufung und eine verstärkte förderung der beruflichen eingliederung weiter zu entwickeln.
Wo die AHV/IV-renten und andere einkommensquellen die angemessene existenzsicherung nicht gewährleisten, sind ergänzungsleistungen auszurichten, dies im sinne der individuellen ausgestaltung von AHV/IV anstelle des giesskannenprinzips.
Das verständnis für psychisch kranke und behinderte ist zu fördern. Vorurteile sind durch bessere information abzubauen. Die wiedereingliederung ist durch bereitstellung von unterkünften und vermittlung von arbeitsplätzen zu erleichtern. Neue konzepte in der behandlung psychisch kranker (ambulante/halbstationäre) in zusammenarbeit zwischen klinik, praktizierenden ärzten und privaten organisationen, wohnheimen, selbsthilfeorganisationen usw. müssen gefördert werden.

Aus der standortbestimmung 1983 des LdU (Landesring der Unabhängigen):

Für:

die vermehrte eigenverantwortung des einzelnen seiner gesundheit gegenüber,
die verstärkte aufklärung über eine gesunde verhaltensweise und die krankheitsverhütung,
die verbindliche verpflichtung des arztes, den patienten bezüglich diagnose und behandlung verständlich zu informieren,

einen besseren rechtsschutz des patienten bei behandlungsbedingten schadenfällen,
die gleichstellung des psychisch kranken mit dem körperlich kranken,
ein neuzeitliches versicherungsmodell, welches nicht die ärztliche einzelleistung, sondern die ganzheitliche gesundheitsbetreuung honoriert und somit entscheidend zur kostendämpfung beiträgt,
eine förderung naturgemässer vorbeuge- und heilmethoden sowie von spitalexternen diensten.

Gegen:

eine technisch und pharmazeutisch überbordende medizin und die damit verbundene kostenexplosion im spitalwesen,
die werbung für gesundheitsschädliche produkte,
die entmündigung des patienten,
die heutige praxis, wonach der patient einen allfälligen kunstfehler selber nachweisen muss,
die diskriminierung des psychisch kranken durch die ungleich tiefere leistung der krankenkassen,
das heute übliche honorarsystem, welches den arzt oft zu überflüssigen handlungen verleitet – z.b. amortisation von teuren apparaten, laboreinrichtungen,
die einseitige privilegierung chemo-therapeutischer mittel in der sozialen krankenversicherung.

Aus dem politischen schwerpunkteprogramm der Nationalen Aktion für Volk und Heimat (NA):

Sozial- und bildungspolitik

Die sozialpolitik darf inskünftig nicht mehr die staatliche versorgung für jedermann anstreben, sondern hat unter achtung vor der selbstverantwortung des einzelmenschen der langfristigen wohlfahrt des ganzen volkes in seinem heimatlichen lebensraum zu dienen, indem die starken glieder zur hilfe an die
schwächsten verpflichtet werden. Dabei sind auch die interessen der noch ungeborenen generationen zu berücksichtigen. Gesundheit, kraft und wohlbefinden von volk und mensch haben vorrang vor der versorgung mit materiellen luxusgütern und den ausgeklügelten verfeinerungen des lebensstils in einer hochgradig vertechnisierten und industrialisierten zivilisation, die zur verweichlichung führen. Der kurzsichtige wohlstands- und verschwendungsmaterialismus der bestehenden industrie- und konsumgesellschaft ist aufzugeben zugunsten einer längere zeiträume ins auge fassenden wohlfahrtspolitik in einer dienst-, leistungs- und kulturgemeinschaft.

Aus dem politischen aktionsprogramm der PdA (Partei der Arbeit der Schweiz):

Die PdA kämpft für eine obligatorische kranken- und unfallversicherung ohne einschränkungen, franchisen und zeitliche begrenzung im rahmen einer allgemeinen sozialversicherung, die zahnbehandlung und präventivmedizin einschliesst. Die versicherung soll taggelder zur deckung der lebenskosten umfassen. Ihre finanzierung wird in erster linie gewährleistet durch die zuwendungen der öffentlichen hand, durch arbeitgeber- und arbeitnehmerbeiträge in lohnprozenten. Die beiträge sollen für mann und frau gleich sein und nicht mehr den einzelnen, sondern die ganze familie absichern.
Die AHV und die IV, die sich auf die solidarität der sozialen schichten und auf die mithilfe der öffentlichen hand begründen, müssen finanziell konsolidiert werden, ohne dass diese sanierung zu lasten der verischerten geschieht. Die renten müssen die lebenswichtigen bedürfnisse derart decken, dass niemand mehr auf die ergänzungsleistungen angewiesen ist. Die nichtverwirklichung der 2. säule und die dagegen unternommenen einschränkenden vorstösse veranlassen die PdA, eine neue revision zu fordern, um aus der AHV/IV eine wahre volkspension zu machen, die entsprechend der verfassung die bisherige lebenshaltung sichert.
Die aus der veränderung der wohnverhältnisse entstandenen probleme verdienen unsere spezielle aufmerksamkeit. Das alleinsein der kranken, invaliden und der betagten soll in den grossen wohneinheiten durch schaffung sozialmedizinischer zentren bekämpft werden. Dazu gehören gemeinschaftslokale wie bibliotheken und fernsehräume als treffpunkte alleinstehender personen.
Die eingliederung der invaliden muss dadurch gefördert werden, dass ihnen die berufliche ausbildung erleichtert und eine anstellung garantiert wird. Ihre benachteiligung in bezug auf löhne und renten muss beseitigt werden. Ebenso muss den behinderten ein existenzminimum garantiert werden, das ihnen die finanzielle unabhängigkeit sichert.

Aus der resolution zum wahljahr 1983 der POCH (Progressive Organisationen Schweiz):

Wir lehnen den sozialabbau ab, der heute von bürgerlicher seite immer aggressiver vorangetrieben wird. Nicht krisenbewältigung auf dem buckel der schwachen kann die lösung sein, sondern mehr solidarität. Im staatshaushalt stecken milliarden von franken, die unnötigerweise für strassenbau und militär ausgegeben werden. In den tresoren der grossbanken türmen sich riesengewinne, die für öffentliche und soziale zwecke abgeschöpft werden könnten. Die riesigen einkommensunterschiede zwischen klein-und grossverdienern haben überhaupt nichts mehr mit grösserer leistung oder höherem risiko zu tun und gehören angeglichen.

Aus dem programm der SPS (Sozialdemokratische Partei der Schweiz):

Das netz der sozialversicherungen weist zahlreiche lücken auf, z.b. die mutterschaftsversicherung und die zahnpflegeversicherung. Auch die krankenversicherung weist bedenkliche mängel auf. Ausserdem überschneiden sich die bestehenden sozialversicherungen in ihren beiträgen und leistungen. Es muss eine koordination, ein zusammenhängendes system aller zweige der sozialversicherungen angestrebt werden, das ohne rücksicht auf die ursache der einkommensausfälle einheitliche leistungen gewährt. Damit würde auch für die versicherten eine wesentliche vereinfachung erreicht.

Bei der sozialpolitik geht es um mehr als nur um geld. Es geht um die verbesserung der lebensqualität und der menschlichen beziehungen. Die eingliederung von behinderten, die umschulung von arbeitslosen haben eine grössere bedeutung als blosse rentenzahlungen. Die humanisierung der arbeit und der schutz gegen kündigungen gehören darum ebenso zur sozialpolitik.

Für den vollzug der sozialversicherungen bedarf es dezentralisierter strukturen wie kantone, gemeinden und andere institutionen unter einbezug der betroffenen und deren selbsthilfebewegungen. Andernfalls läuft der sozialstaat gefahr, zum anonymen sozialapparat zu werden. Die einheitlichen gesetzlichen bestimmungen sollen auch durch kantonale und kommunale sozialmassnahmen sowie solcher gemeinnütziger gesellschaften ergänzt werden. Nur lokale und regionale stellen können die individuellen bedürfnisse abklären und die betroffenen betreuen.
Die soziale betreuung soll nicht bevormunden, sondern die selbsthilfe im gewohnten kreis, in der familie oder in anderen gemeinschaften oder «kleinen netzen» fördern. Es gilt deshalb, mit gemeinschaftshäusern, gesundheits- und altersstützpunkten sowie jugendeinrichtungen im quartier, dorf oder bezirk, stellen zu schaffen, wo verlorengegangene natürliche zwischenmenschliche kontakte wieder entstehen können. Hilfe zur selbsthilfe muss in allen bereichen ermöglicht werden, um mit bürokratiefreier nachbarschaftshilfe der beamteten fürsorge zu begegnen.
Sozialversicherungen bringen materielle sicherheit. Die kleinen sozialen netze schaffen soziale gerechtigkeit.
Jeder mensch hat anspruch darauf, am gesellschaftlichen und kulturellen leben teilnehmen zu können. Dies ist auch der eigentliche sinn sozialdemokratischer sozialpolitik.

Aus dem aktionsprogramm 83 der SVP (Schweizerische Volkspartei):

Die SVP

wünscht eine generelle überprüfung der tragbarkeit und effizienz aller staatlicher sozialwerke unter berücksichtigung der künftigen altersmässigen struktur der bevölkerung bzw. des relativen rückganges der prämienzahler;

postuliert den gezielten einsatz und ein einfaches verfahren bei den gesetzlichen ergänzungsleistungen (AHV/IV/1. säule), damit den individuellen bedürfnissen wirksam und rasch rechnung getragen werden kann;

schlägt eine änderung des bestehenden IV-rentensystems im sinne einer differenzierteren rentenabstufung (postulate Hösli/Gadient) vor. Sollte sich die 10. AHV-revision verzögern, so ist dieses ziel auf dem wege einer vorgezogenen, separaten vorlage anzustreben;

erachtet eine grundlegende verbesserung der information über wesen und funktionieren der AHV/IV und deren ergänzungsleistungen als dringlich;

Die SVP

fordert massnahmen, die den behinderten eine möglichst selbständige lebensführung erlauben und ihnen die eingliederung in die gesellschaft erleichtern. Dazu gehören insbesondere:
- die verbesserung der arbeitschancen in der verwaltung und in der privatwirtschaft;
- die bereitstellung von entsprechenden ausbildungsmöglichkeiten;
- die vermehrte schaffung von beratungsstellen mit fachkundigem personal;
- die förderung von pflege und betreuung im eigenen haushalt;
- die verhinderung einer isolierung von behinderten kindern und erwachsenen sowie die integration von lern- und körperbehinderten schülern in den normalen klassenverband so weit als möglich;
- förderung der freizeit- und der sportanlagen für behinderte;
- die errichtung von behinderten-grossfamilien, welche auch erwachsene mehrfachbehinderte aufnehmen, die keiner arbeit nachgehen können und ihre eltern und betreuer durch tod oder krankheit verloren haben.

Puls fragt Puls fragt Puls fragt Puls fragt

Die sichtung der partei-programme brachte nicht viel: ein ziemlich rosarotes bild, von dem was die meisten parteien der Schweiz als 'relativ gut funktionierendes sozialwesen' ansehen. Und im aufstellen von sozialforderungen möchte sich natürlich keine politische partei lumpen lassen; denn wer möchte schon als 'nicht sozial' beschimpft werden oder wer kann es sich – vor allem vor den wahlen – leisten, irgend eine randgruppe aus dem spiel zu lassen. Man verspricht also so ziemlich allen alles, denn jede stimme zählt.
Wir wollten aber ein wenig genauer wissen, warum z.b. die IV-revision so lange auf sich warten lässt, oder weshalb die renten in vielen fällen immer noch nicht existenzsichernd sind.
Wir schrieben deshalb an nationalrats- und ständeratskandidaten der verschiedenen parteien einen brief, in dem wir ihnen folgende fünf fragen stellten: